Die deutsch-englische Nebenbuhlerschaft.

⊕ Im Unterhause hat der Erste Lord der Admiralität (Marineminister) Churchill gelegentlich der Vorlegung des neuen Flottenetats eine bedeutsame Rede gehalten, in der — natürlich kann man beinahe sagen — auch Deutschland eine Rolle gespielt hat. Der Minister wies zunächst auf die durch den Kohlenstreik hervorgerufenen Verzögerungen im englischen Flottenbau hin, erklärte aber, daß dieser nicht von Einfluß auf das Flottenbauprogramm sein würde. „Wir haben nur das durchaus Notwendige gefordert," führte Churchill weiter aus, „aber wir haben eine etwaige

Vermehrung der deutschen Flotte

nicht berücksichtigt. Ich will dem Hause die Flottenfrage mit vollkommener Offenheit darlegen. Es wird dies namentlich mit Bezug auf eine Macht notwendig sein. Durch eine verschleierte Ausdrucksweise kann jetzt nichts gewonnen werden. Im Gegenteil, die Deutschen sind ein Volk mit derbem Verstand, deren starker männlicher Sinn und Mut vor einer offenen und ungeschminkten Feststellung von Tatsachen nicht zurückweicht und nicht verletzt wird, wenn sie höflich und ehrlich ausgesprochrn werden.

Die Deutschen werden an Seemacht durch eine Vermehrung nichts gewinnen und durch eine Verminderung nichts verlieren. Dies ist ein vollkommen einfacher Plan, nach dem ohne diplomatische Verhandlungen, ohne Feilschen und ohne die geringste Beschränkung der souveränen Freiheit beider Mächte diese hitzige kostspielige Nebenbuhlerschaft zur See für eine Zeit abgestellt werden kann. Ich bin überzeugt, daß es besser ist, dies ganz einfach und offen der Beurteilung durch die Parlamente und das Volk vorzulegen." — Der Freimut Churchills ist durchaus anerkennenswert; dennoch haben seine Ausführungen einen Fehler. Sie träfen zu, wenn Deutschland seine Flotte zur Bedrohung Englands baute. Das ist aber nicht der Fall. Deutschland braucht seine Schiffe, um seinem Welthandel und seiner Kolonialwirtschaft einen starken Rückhalt zu sichern. Daß man das in England nicht verstehen will, ist eben der Grund immer erneuter Mißverständnisse. Aus solchem Mißverständnis heraus ist auch Winston Churchills neueste Flottenrede, über die noch manch Wörtlein zu reden sein wird, verständlich.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm wird, Wiener Blättern zufolge, auf der Fahrt von Venedig nach Korfu einen Abstecher nach Brioni machen, um dem dort weilenden österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gemahlin einen Besuch abzustatten.

* Zu dem Rücktritt des Staatssekretärs des Reichsschatzamtes Wermuth versichert die ‚Köln. Ztg.', daß an den leitenden Stellen niemand daran gedacht hat, dem Staatssekretär Schwierigkeiten im Amte zu machen oder ihm die Amtsniederlegung nahezulegen. Diese entsprang vielmehr lediglich dem eigenen, als solchen ausdrücklich betonten Wunsche Wermuths. Der neue Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Kühn, der bisher noch nicht an die Öffentlichkeit getreten ist, gilt in den Kreisen seiner Mitarbeiter als ein außerordentlich tüchtiger Finanzpolitiker.

* Wie verlautet, wird der Staatssekretär des Reichspostamtes bei der nächsten Weltpostvereins-Konferenz, die in Madrid im Jahre 1913 stattfindet, auf eine einheitliche Gestaltung der Tax- und Gewichtsstufen im ganzen Weltpostverein hinwirken. Maßgebend für diesen Entschluß ist der Umstand, daß die Gewichtsgrenzen für einfaches Briefporto nicht überall gleich sind, und daß ein Brief, der in einem Lande genügend frankiert sei, im andern Lande trotzdem mit Strafporto belegt werde, weil nach den Bestimmungen des andern Landes zu wenig Porto bezahlt sei. Die Reichspostverwaltung will nun auf dem nächsten Weltpostkongreß ihre Bemühungen dahin einsetzen, diese Übelstände durch Herstellung der Einheitlichkeit in den Tax- und Gewichtsstufen im ganzen Weltpostverein aus der Welt zu schaffen.

* Wie verlautet, werden die Wehr- und Deckungsvorlagen dem Reichstage vor Ostern nicht mehr zugehen. Der Reichstag ist bis dahin mit Arbeit reichlich versehen. Dagegen meint man, würden die neuen Vorlagen unsre Volksvertreter sogleich nach Wiederbeginn der Sitzungen beschäftigen. Die Veröffentlichung der Entwürfe soll nicht früher erfolgen, als bis sie auch dem Reichstage bekanntgegeben sind.

* Die Schutztruppe für Südwestafrika wird mit dem 1. April d. Js. eine Verringerung um 209 Köpfe erfahren. Die Schutztruppe wird alsdann 90 Offiziere, 20 Sanitätsoffiziere, 22 Oberbeamte, 16 Unterbeamte, 369 Unteroffiziere und 1444 Mannschaften, insgesamt 1970 Köpfe zählen. Von dieser Zahl sind im Oktober 390 Köpfe abzulösen.

England.

* Dem Unterhause ist eine dringende Gesetzesvorlage betr. den Mindestlohn der Bergarbeiter zugegangen. Sobald dieses Gesetz vom Unterhause angenommen ist, dürfte der Bergarbeiterstreik, dessen Folgen sich im Wirtschaftsleben Englands immer schwerer bemerkbar machen, beendet sein.

Holland.

* Die holländische Küstenverteidigung erfährt jetzt eine beträchtliche Verstärkung, die mit den Ereignissen im letzten Sommer zusammenhängt. Bei Vlissingen wird ein selbständiges starkes Panzerfort errichtet. Alle andern Häfen werden mit neuen Forts versehen und mit schweren Geschützen in Panzertürmen ausgerüstet. So tritt das neutrale Holland, dessen Flottenetat in den letzten Jahren ständig wächst, in die Reihe der wettrüstenden europäischen Mächte ein.

Balkanstaaten.

* Die Türkei hat den Mächten erklärt, daß sie die Friedensbedingungen Italiens, wonach Tripolis gegen eine Geldentschädigung italienisch werden und der Sultan lediglich die geistliche Oberhoheit behalten soll, ablehne. Die Türkei sei entschlossen und stark genug, den Krieg noch jahrelang zu führen.

* Um endlich einmal Ruhe vor den Kretern zu haben, haben jetzt die Schutzmächte beschlossen, im Einverständnis mit der Türkei die Verwaltung der Insel Kreta vorläufig — bis zu einer endgültigen Regelung — einer neutralen Macht zu übergeben.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag nahm am Montag die Beratung des Etats des Innern wieder auf. Die zum Titel „Reichsschulkommission" vorliegende und schon am vorigen Mittwoch begründete Resolution der Sozialdemokraten wurde nach kurzer Aussprache abgelehnt. Beim Titel „Heimatswesen" begründete Abg Diez (Zentr.) eine das Zigeunerwesen betreffende Resolution, die einen besseren Schutz verlangte. Staatssekretär Delbrück teilte mit, daß ein gemeinsames Vorgehen der verbündeten Regierungen zur Bekämpfung der Mißstände angebahnt sei. Weiter lasse sich vorläufig nichts tun. Abg. Rupp (wirtsch. Vgg.) verlangte, daß man den ausländischen Hausierern den Wandergewerbeschein entziehe. Die Resolution wurde angenommen. Zum Kapitel „Ausführung des Kaligesetzes" lag eine Resolution der Budgetkommission vor, die die Bekanntgabe der Durchschnittslöhne in jedem Betrieb, eine Änderung in der Verteilung der Kaliabgabe dahin, daß ein Teil der in die Reichskasse fließende Abgabe dem Reich verbleibt, sowie eine Denkschrift über die Löhne und Arbeitszeit u. a. wünschte. Abg. Hoch (soz.) betonte die Pflicht zur Kontrolle über das Syndikat. Nur solche Korporationen dürfen Propagandageider erhalten, die auch wirklich Propaganda machen. Die Verstaatlichung sei das einzig richtige Mittel. Unterstaatssekretär Richter gab die Ankündigung der Regierung kund, an dem Kaligesetz von 1910 jetzt schon wieder Änderungen vorzunehmen, man müsse erst die Wirkungen des Gesetzes abwarten.

Am 19. d. Mts. wird die Besprechung des Etats des Innern unter Fortsetzung des Kapitels „Ausführung des Kaligesetzes" weitergeführt.

Abg. Cohn (soz.): Wir verlangen die Veröffentlichung der Durchschnittslöhne im Kalibergbau. Er verstößt gegen den politischen Anstand, wenn eine politische Organisation, wie der Bund der Landwirte, Kaligelder einsteckt. Die Verstaatlichung des Kalibergbaues ist notwendig für die Industrie, für die kleinen Landwirte, die jetzt das Kali am teuersten bezahlen müssen, und vor allem für die Arbeiter. Ich erhebe Protest gegen die Beleidigung, die sich gestern der Minister des Innern im preußischen Abgeordnetenhause gegen ihn herausgenommen hat.

Präsident Kämpf: Ich bitte den Redner, zum Kali zurückzukehren.

Unterstaatssekretär Richter: Ob der Bund der Landwirte ein politischer Verein ist oder nicht, ist hier nicht zu untersuchen.

Die Propagandagelder

werden nach Maßgabe des Gesetzes und der Bestimmungen des Bundesrats verausgabt, politische Momente dürfen nicht hineingetragen werden. Ich habe nur den Auftrag, pflichtmäßig zu prüfen, ob die Gelder aus dem Reichsamt des Innern wirklich für Propagandazwecke verwendet werden. Zu Wahlkosten sind sie nicht verwendet worden, das ist wohl eine Verwechslung mit den Rabatten, und was damit gemacht wird, geht uns nichts an. Der Bund der Landwirte hat übrigens bisher noch nicht einen Pfennig aus der Reichskasse erhalten, es werden vielmehr erst jetzt seine Ausgaben für 1910 und 1911 geprüft.

Abg. Gothein (fortsch. Vp.): Wir stehen auf dem Standpunkte, daß einem Privatmonopol, das sich aus natürlichen Voraussetzungen entwickelt, ein Reichsmonopol vorzuziehen ist. Das Kali-Syndikat hat sich aber nicht aus natürlichen Voraussetzungen entwickelt. Zwanzig der größten Werke waren wohl imstande, sich so auszubauen, daß sie den ganzen Bedarf Deutschlands und der Ausfuhr decken könnten. Ich möchte noch warnen vor der Annahme, daß mit Kalikuxen Geld zu verdienen ist. Der Krach in der Kaliindustrie ist nicht aufzuhalten.

Abg. Graf Westarp (kons.): Wir können nicht schon wieder das Gesetz ändern. Dadurch würde die Kaliindustrie schwer beunruhigt und die Spekulation herausgefordert werden. Die Propagandageider sind notwendig. Auch der Bund der Landwirte bezieht sie zu Recht. Zu politischen Zwecken wird das Geld nicht verwendet. Das Reichsamt des Innern kontrolliert das dadurch, daß es den Verwendungsnachweis fordert.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Hoch (soz.) schließt die Aussprache. Die Resolutionen der Budgetkommission werden angenommen.

Es folgt das Kapitel „Statistisches Amt". Eine Resolution der Fortschrittler ersucht um Ermittelungen über Verkauf und Zukauf von Getreide, Mehl, Brot u. a. der landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenbetriebe für das Erntejahr 1912 in der Weise zu veranstalten, wie solche in Baden von den großherzoglichen Amtsvorständen 1912 durchgeführt wurden.

Abg. Schumann (soz.): Wie steht es mit den Erhebungen über die

Sonntagsruhe in der Binnenschiffahrt?

Arbeitszeiten von 40 Stunden sind keine Seltenheit. Auch im Transportarbeitergewerbe herrschen unglaubliche Verhältnisse.

Abg. Sittard (Zentr.): Die Teilerhebungen in Preußen genügen, um eine Unterlage für die überaus wichtigen Preiserhebungen zu bieten. Wertlos, wie der Vorredner meinte, sind sie nicht. Die Arbeitsverhältnisse im Straßenbahnbetriebe sind tatsächlich unhaltbar. Eine bestimmte Sonntagsruhe ist notwendig. Der Sonntag hat einen größeren Einfluß auf die Arbeitsfreudigkeit wie ein Wochentag.

Unterstaatssekretär Caspar: Reichserhebungen sind nicht möglich. Eine einheitliche Regelung der Sonntagsruhe ist nicht möglich, da die Verhältnisse in jedem Orte anders liegen.

Abg. v. Schulze-Gävernitz (fortschr. Vp.): Wir empfehlen Ihnen unsre Resolution zur Annahme. Die badische Statistik bietet eine gute Grundlage. Sie ist auch für das Reich durchführbar. Sie bildet eine Grundlage für eine vernünftige Wirtschaftspolitik. Radikaler Schutzzoll und radikaler Freihandel sind veraltete Gegensätze. Der Mittelpunkt der Bauernwirtschaft ist der Stall. Wir Volksparteiler sind Erziehungszöllen im Sinne Lisztz nicht abgeneigt. Was ein maßvoller Getreidezoll ist, wird die gründliche Statistik darlegen. Ich rufe also: Mehr Licht in der Agrarpolitik.

Abg. Ortel (kons.): Der Vorredner hat dem Bunde der Landwirte gute Dienste geleistet. Er hat anerkannt, daß die Milchpreise schon sehr hoch sind. Das werden wir uns merken! Die Volkspartei will eine Verzollung der Braugerste, die gerade von kleineren Bauern gebaut ist. Das ist die Bauernpolitik der Volkspartei. Die Angabe, daß die Volkspartei eine Bauernpartei ist, hat der Redner selbst belächelt. Er glaubt wohl selbst nicht daran. Der Resolution werden wir zustimmen. Der Bauernstand ist jetzt klüger geworden.

Um 6 Uhr wird die Sitzung vertagt. Es findet eine Abendsitzung statt, die gleich mit einem kleinen Skandal beginnt. Abg. Cohn (soz.) hatte vorher in seiner Jungfernrede eine Wendung gebraucht, aus der an einzelnen Stellen der Vorwurf gegen den preußischen Minister des Innern herausgehört wurde, daß er wegen Verbrechens bestrafte Beamte im Amte behalte. Der Präsident erklärte, daß er die Worte nicht so aufgefaßt und deshalb dem Redner einen Ordnungsruf nicht erteilt habe. Staatssekretär Delbrück war der Meinung, daß Abg. Cohn den Vorwurf erhoben habe und legte dagegen scharfe Verwahrung ein. Die Rechte zollte seinen Ausführungen lauten Beifall, die Sozialdemokratie hingegen erhob lärmenden Widerspruch, namentlich als der Staatssekretär ausführte, daß einem Mitgliede des Reichstages überhaupt eine Kritik an der Geschäftsführung bundesstaatlicher Minister nicht zustehe.

Nach und nach glätteten sich dann die Wogen der Leidenschaft und das Haus begann die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern.

Zum Kapitel „Reichsgesundheitsamt" liegen acht Resolutionen vor, wovon sich zwei auf die Weinfrage beziehen.

Abg. Hartrath (Zentr.) begründet eine Resolution, die eine scharfe Kontrolle bei der Einfuhr ausländischer Weine fordert.

Abg. Struve (fortschr. Vp.): Wann kommt ein Gesetz für das Krankenpflegepersonal? Mein Freund Mugdan hat das schon mehrfach angeregt. Der Redner spricht weiter über das praktische Jahr und die

Zurückweisung von Praktikanten,

wie im Falle von Britz, wegen ihrer jüdischen Religion.

Staatssekretär Delbrück: Das Reich hat nach den gesetzlichen Bestimmungen gar nicht die Möglichkeit, eine Verpflichtung zu statuieren. Es spricht aber auch eine Reihe ernster Gründe dagegen, einen Zwang auszuüben, daß jeder Praktikant aufgenommen wird, der sich meldet.

Abg. Gröber (Zentr.): Es ist überaus bedenklich, wenn aus konfessionellen Gründen dem Anhänger einer bestimmten Konfession die Möglichkeit der Ausbildung geradezu genommen wird. Das Reich hat doch eine Aufsichtsbefugnis. Es ist eine Verletzung des Gesetzes von 1869 über die Gleichberechtigung der Konfessionen. Eine aus öffentlichen Mitteln unterhaltene Anstalt hat nicht das Recht, aus solchen Gründen einen Kandidaten zurückzuweisen. Was heute den Israeliten passiert, kann morgen den Katholiken passieren; und die Neigung, eine solche Auslese zu machen, besteht leider in manchen Kreisen.

Staatssekretär Delbrück: In dem Britzer Fall hat der preußische Kultusminister ausdrücklich die Zurückweisung der jüdischen Medizinalpraktikanten beanstandet.

Abg. Struve (fortschr. Vp.): Nach der vom Reichskanzler erlassenen Prüfungsordnung sind Kandidaten nur wegen sittlicher Verfehlungen zurückzuweisen. Hierin liegt der Beweis, daß eine Zurückweisung aus konfessionellen Gründen nicht statthaft ist.

Staatssekretär Delbrück: Eine Verpflichtung zur Annahme von Medizinalpraktikanten können wir nicht statuieren.

Das Haus vertagt sich.

Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet beendet.

Angesichts der von Tag zu Tag gestiegenen Zahl der Arbeitswilligen hat die Streikleitung im Ruhrrevier den weiteren Kampf aufgegeben. Die Revierkonferenz der drei Streikverbände hat nach einer langen Beratung in Bochum das Abbrechen des Bergarbeiterstreiks beschlossen. Die Mehrzahl der Redner sprach sich allerdings für die Fortsetzung des Kampfes aus. Nach dem Reglement kann ein Streik oder die Fortsetzung eines solchen aber nur mit Dreiviertel-Mehrheit beschlossen werden. Bei der Abstimmung über die Frage, ob weiter gestreikt werden solle, ergaben sich 349 Stimmen dafür, 215 dagegen, mit 13 Stimmenenthaltungen. Die Dreiviertel-Mehrheit war also nicht erreicht. Die Belegschaften wurden demgemäß aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. — Die Grubenbesitzer haben die verfügte Einbehaltung der Lohnschichten und die angedrohte Ausweisung aus den Arbeiterkolonien rückgängig gemacht. Zweifelhaft bleibt aber, ob unbequeme Elemente überall ohne weiteres zur Arbeit angenommen werden. (S. u. „Nah und Fern".)

Ein stiller Mensch.

18] Roman von Paul Bliß.

(Fortsetzung.)

Wenn Frau Grete auch keinen Augenblick verkannte, daß sie von jetzt an zwischen zwei Feuern stehen würde: drüben Onkel Klaus mit seinem Eheplan und hier daß Geschwisterpaar, das ihr den Kurt zugedacht hatte! Unwillkürlich mußte sie leise lächeln, als sie das bedachte. Aber sie war doch nicht beherzt genug, um an den Ausgang dieses Wettstreites denken zu können.

Nach zwei angenehm verplauderten, ganz amüsanten Stunden verabschiedete sie sich und versprach, recht bald und von nun an auch ohne Einladung wiederzukommen, was allgemein mit ehrlicher Freude aufgenommen wurde.

Da es schon anfing zu dämmern, begleitete Kurt sie nach Hause. Er war jetzt Feuer und Flamme.

Lebhaft sagte er: „Auf diesen Winter freue ich mich ganz unmenschlich!"

„Aber wieso denn?" fragte sie ganz harmlos.

„Weil er sich dir zu Ehren ganz besonders gesellschaftsreich und festlich gestalten soll!"

„Oho! Ich bin doch hergekommen, um hier vor allem Ruhe zu haben. Ich werde kaum viel mitmachen."

„Na, daraus wird nun wohl nichts werden! Ich will dann schon dafür sorgen, daß man dich oft einladen wird."

Lachend rief sie: „Das dürfte dir wenig nützen."

„Aber du kannst doch deine Jugend nicht so einsam vertrauern wollen?" entgegnete er mit ehrlichem Erschrecken.

„Und warum nicht, wenn es mir Spaß macht!?"

Fragend sahen sie sich an.

Als Kurt aber ihren lachend lebensfrohen Blick gewahrte, wurde er ganz außer sich vor Entzücken. Schnell erfaßte er ihre Hand und küßte sie.

Aber ebenso schnell hatte er einen leichten Klaps weg. „Das wollen wir doch lieber nicht einführen," erklärte sie heiter, aber bestimmt und entschlüpfte mit kurzem Gruß schnell ins Haus.

Er jedoch lief beglückt davon, denn sein junges Herz stand in lichten Flammen.

Als sie zu Onkel Klaus kam, fand sie ihn gar nicht gut bei Laune. Sie ahnte natürlich den Grund, stellte sich aber ganz harmlos und versuchte den alten, lieben Herrn aufzuheitern, was ihr denn auch bald gelang.

Dann erzählte sie, wie sehr freundlich sie aufgenommen sei. Und darüber giftete Onkelchen sich dann von neuem, so daß er endlich herausplatzte: „Übrigens, das kann ich dir nur sagen, mein liebes Kind, wenn du dir nochmals von diesem Windhund so öffentlich wie eben die Hand küssen läßt, dann darfst du dich auch nicht wundern, wenn man euch beide bald als Verlobte ausposaunen wird. Du kennst doch unser Städtchen."

Fröhlich rief die junge Fan: „Ach, du hast uns also gar belauscht!?"

Natürlich hatte er das getan! Schon seit einer Stunde hatte er im dunklen Zimmer hinter der Gardine gestanden und wie ein Schießhund aufgepaßt! Aber das durfte er doch nicht eingestehen! Und so antwortete er denn ganz leichthin: „Ich denke gar nicht daran. So wichtig ist mir die Sache denn doch nicht. Zufällig stand ich gerade am Fenster, als ihr ankamt."

An diesem Abend wollte nun doch keine so recht gemütliche Stimmung mehr aufkommen, so daß sich das Frauchen bald empfahl.

„Schlaf' deinen Groll aus, du alter Isegrimm!" sagte sie fröhlich und gab ihm einen herzhaften Gutenachtkuß, als sie nach oben ging.

Er nickte ihr zwar heiter und wieder versöhnt nach, aber an schlafen war vorerst noch nicht zu denken; mit offenen Augen lag er da und sorgte sich um die Zukunft. Und immer wieder drängte zwischen all dem krausen Wirrwarr der eine Gedanke sich hindurch: wenn man nur den dummen Kerl, diesen Bruno, mal herankriegen könnte.

Aber wie das anstellen? Er hatte ihn seit jenem Frühlingstag nicht mehr aufgesucht. Denn er ärgerte sich noch immer über den Dickschädel, und wo er ihn kommen sah, war er ihm ausgewichen. Dennoch aber war es sein heißer Wunsch, daß er bald kommen möge.

Und siehe, der Wunsch sollte sich wirklich bald erfüllen.

Als am nächsten Freitag Getreidebörse war, lief Bruno, der eben seinen Weizen gut verkauft hatte und bester Laune war, dem alten Onkel direkt in den Weg.

Sie hatten sich beinahe fünf Monate lang nicht gesehen. Nun standen sie sich plötzlich gegenüber.

„Na, Onkelchen, grollst du mir noch immer?" rief Bruno heiter und streckte dem Alten seine beiden Hände hin.

Der spielte zuerst zwar noch den Verletzten, wurde aber doch freundlicher und erwiderte: „Grund hätte ich doch wohl, sollt' ich meinen. Aber solchem Dickkopf, wie dir, darf man eben nichts übel nehmen."

„Bravo! So ist's recht! Immer laß mich nur meinen eigenen Weg gehen."

„Davor kannst du beruhigt sein, zum zweitenmal verbrenn' ich mir bei dir nicht die Finger."

Bruno lachte herzhaft auf. Und dann gingen sie plaudernd weiter. Natürlich erwähnte der Alte kein Wort von seinem neu eingetroffenen Besuch.

Plötzlich sagte Bruno: „Wollen wir nicht bei einem guten Schoppen unsre Versöhnung feiern?"

„Gewiß, ich bin dabei," — damit wollte Onkelchen hinübergehen in die „Goldene Kugel", wo man einen guten Tropfen bekam.

Bruno aber fragte erstaunt: „Dorthin? Weshalb denn nicht zu dir? Du hast doch immer einen guten Wein im Keller gehabt, und bei dir ist's doch viel traulicher als in so'ner Kneipe."

Einen Moment lang zögerte der Alte und sah den Jungen an. Ob der schon von dem Besuch etwas wußte? Aber nein, seine Augen verrieten es, er hatte noch keine Ahnung davon.

SLUB Wir führen Wissen. STADT BIBLIOTHEK BAUTZEN BUDYŠIN